Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 340 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 15. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Keine Einigung im Berliner Verkehrsstreik

Neueste Tagesnachrichten

* Die Abstimmung der streikenden Straßenbahner in Berlin hat eine Mehrheit für Fortführung des Streiks ergeben.

* Der Belagerungszustand über Hannover wird am 16. Juli aufgehoben.

* Der Eisenbahnerstreik in Oberschlesien ist beendet.

* In der Nationalversammlung wird über die Kriegsfürsorge beraten.

* Die Polen haben die Demarkationslinie überschritten und dringen in Litauen vor.

* Die Ententeoffensive gegen die ungarische Räterepublik wird in den nächsten Tagen beginnen.

Steuer-Einziehung bei den Arbeitern

Die unter dieser Stichzeile in Nr. 335 gebrachten Ausführungen sind angesichts der Tatsache, daß unsere Steuer-Milliarden nur von der Volks-Gesamtheit aufgebracht werden können, so wichtig, daß ich es mir nicht versagen kann, auch meinerseits auf diesen Gegenstand einzugehen. Bereits am 10. Februar 1918 habe ich in einem Artikel „Eine steuertechnische Unterlassungssünde" (in Nr. 33 der Tageszeitung für Nahrungsmittel) folgendes ausgeführt:

„Haben unsere Behörden schon daran gedacht, die Arbeiter öffentlich und zwar fortlaufend darüber aufzuklären, wieviel Staats- und Gemeindesteuern auf so hohe Einkommen entfallen? Daß die Verdienste der Ehefrauen ebenfalls zu versteuern sind usw.? . . .

Aber diese Aufklärung allein kann dem Steuerfiskus noch nicht zu seinem Rechte verhelfen, besonders da die Arbeiterschaft nicht daran gewöhnt ist, mit so hohen Steuerabgaben zu rechnen. . . . Sämtliche deutsche Bundesstaaten hätten die Pflicht gehabt und haben sie noch, durch sofortige Abänderung der Steuereinziehungsvorschriften die Möglichkeit einer fortlaufenden sofortigen Eintreibung der Einkommensteuer zu schaffen. Es wäre das einfachste, durch ein Kriegsnotgesetz die Arbeitgeber anzuweisen, die Steuer in derselben Weise für den Staat und die Gemeinden einzuziehen, wie es bei der Einziehung der Arbeitnehmer-Beiträge zur Invaliditäts-, Kranken- und Angestellten-Versicherung seit Jahren geschieht.

Wenn diese Vorsichtsmaßregel verabsäumt wird, so werden, wie wir fürchten, ganz gewaltige Steuersummen später „niedergeschlagen" werden müssen, denn wo nichts mehr ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, ganz abgesehen von der bedeutenden Mehrarbeit, welche die Einziehung von Steuerrückständen auf dem Wege der Zwangsvollstreckung mit sich bringen, und dem „bösen Blute", das sie machen würde."

Man hat diesen Wink „oben" nicht beachtet! Nunmehr wird es aber unumgänglich notwendig sein, den Arbeitsertrag an der Quelle zu erfassen!

Sind doch die Reichs-, Staats- und Gemeindelasten durch das Verschulden der Sozialdemokratie auf ein Mehrfaches der früheren Sätze gestiegen!

Daß zahllose Arbeiter, die ihren hohen Arbeitsverdienst zum Teil in Sparkassenbüchern, Klavieren, Grammophonen, Pelzwerk usw. angelegt haben, nicht daran denken, im laufenden Steuerjahre die auf dem Arbeitsertrage des vorigen Jahres basierten Steuern zu zahlen, ist mir von Steuerbeamten einwandfrei dargetan worden. Von den künftigen höheren Steuern werden sie sich erst recht zu „drücken" versuchen! Da heißt es sonachst: „Fiskus, werde hart!" Stellt so viele Hilfskräfte an, wie nötig ist, damit gegen die Drückeberger mit Zwangsvollstreckung vorgegangen werden kann! Alle die schönen Sachen, welche sich die Herren Arbeiter — im Gegensatze zu dem wirtschaftlich denkenden „bourgeois"! — von den Sündenlöhnen der Kriegszeit und der Gegenwart angeschafft haben, müssen rücksichtslos gepfändet und zugunsten des Steuerfiskus versteigert werden, wenn die „werktätige Bevölkerung" als Steuerzahler ebenfalls zu dem so beliebten „Streik" greift! — Für die Zukunft aber heißt es auch hier: principiis obsta! — Es können viele Millionen an Steuerverwaltungskosten jährlich erspart werden, wenn die Steuern der Arbeiterschaft von dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werden! Die Steuerklebemarke ist ein Postulat der Gegenwart! — Und man führe auch gleich eine Ueberstundenmarke ein! Ist doch die Reichsarbeitsstunde, die Exzellenz Dernburg erdacht und vorgeschlagen hat, eine wahrhaft geniale Maßnahme, gleich wertvoll als fiskalisches wie als pädagogisches, wirtschaftsethisches Mittel! — Ohne solchen Zwang gewöhnt sich die Arbeiterschaft weder an das Zahlen der ihrem Verdienste entsprechenden Steuern, noch an den Gedanken, daß sie künftig wieder intensiver arbeiten muß. Jetzt möchte man auf die Bezeichnung „Arbeiter" am liebsten das alte Charakteristikum „lucus a non lucendo" anwenden.

Ein Bedenken steht freilich der Steuereinziehungsmarke entgegen: die Sätze der Einkommensteuer sind progressiv, und das Einkommen der Ehefrau sowie der unmündigen Kinder, soll dem des Familienoberhauptes hinzugerechnet werden; versteuert jedes Mitglied der Arbeiterfamilie sein Arbeitseinkommen gesondert, so bedeutet dies eine Minderung des Steuerertrages und eine Benachteiligung der sonstigen Zensiten. Dem könnte aber durch entsprechende Zuschlagsmarken, die der Familienvater bezw. dessen Arbeitgeber zu kleben hat, abgeholfen werden. Macht dies zu große Schwierigkeiten, so sollte der Fiskus lieber „aus sozialen Gründen" auf den aus der progressiven Staffelung der Steuer fließenden Mehrertrag verzichten als auf die Durchführung des Grundgedankens. Das Einkommen der „Werktätigen" ist aus Gründen der Gerechtigkeit um so mehr voll zu erfassen, als es, wie in meinem Artikel „Glossen zum Steuerwesen und — anderes" (Nr. 154 der „Halleschen Zeitung") dargetan, erzielt wird, ohne daß die „Ausbildung" dem Zensiten erhebliche Kosten auferlegt hat, wie sie durchweg erforderlich ist, damit ein „bourgeois" ein halbwegs anständiges Einkommen zu erzielen vermag. — Hohe Arbeitslöhne verpflichten zu entsprechenden Steuerleistungen! So verlangt es die „soziale Gerechtigkeit", welche die „Werktätigen" mit Vorliebe im Munde führen!

Cato major.

Das Reich und die Steuern

Weimar, 14. Juli.

Aus der gestrigen Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir noch, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis aufs äußerste zulässige Maß durch das Reich ausgeschöpft werden müssen. Dieser Entschließung haben sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht verschließen können. Zuschläge zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, von der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgeben wird. Das Interesse des Reiches an dem steuerlichen Einkommen wird bis zu 75 Prozent zu bemessen sein, ist also so groß, daß das Reich auch unbedingt einen Einfluß auf die Erhebung haben muß. Die Finanzämter müssen daher unbedingt auf das Reich übergehen. Die bisherigen Hoheitsrechte der Gliedstaaten werden natürlich durch so einschneidende Maßnahmen eingeschränkt. Es wurde aber zum Schluß der Besprechung kein Widerspruch von seiten der Gliedstaaten dagegen laut. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan worden. Die Reichseinkommensteuer wird dem Parlament erst im Oktober zugehen. Jedoch ist beabsichtigt, die Reichsabgabenordnung bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Die Abstimmung in Schleswig

Kopenhagen, 14. Juli.

Ministerpräsident Zahle hielt gestern eine Rede über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark und führte unter anderm aus: Innerhalb zehn Tagen nach der Ratifizierung des Friedensvertrags durch drei Ententemächte müssen die Deutschen beide Abstimmungszonen geräumt haben. Im Laufe der folgenden drei Wochen wird in der ersten Zone abgestimmt. Innerhalb weiterer fünf Wochen in der zweiten Zone. Nach den Abstimmungen kann die Verwaltung derjenigen Gebiete, die für Dänemark gestimmt haben, von Dänemark übernommen werden. Sodann wird in Paris auf der Grundlage der Abstimmung die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland festgesetzt und die Oberhoheit desjenigen Teiles Schleswigs, der nördlich dieser Grenze liegt, uns übertragen. Erst wenn diese Oberhoheit in Schleswig uns von den siegreichen Mächten übertragen ist, wird sich die gesetzmäßige Macht des dänischen Reichstages bis zur neuen Grenze erstrecken. Wir Dänen müssen hoffen und wünschen, daß die auf der Grundlage dieser Abstimmung festgesetzte Grenze mit der Nationalitätengrenze zwischen Deutschen und Dänen zusammenfallen möge, damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker hier seinem wahren Werte nach zur Anwendung kommen kann.

Das Programm der Nationalversammlung

Weimar, 14. Juli.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung hat heute abend über die Geschäftslage und die Geschäftseinteilung beraten. Nach der getroffenen Vereinbarung soll morgen mittag die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs bei den Grundrechten fortgesetzt werden. Es ist beabsichtigt, die zweite Lesung zu beenden, bevor der Ministerpräsident das Programm der neuen Regierung entwickelt. Man hofft, für diesen Plan die Zustimmung der Regierung zu erhalten. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst morgen mittag bei einer Zusammenkunft der Parteiführer mit den Regierungsvertretern fallen. Sollte die Regierung darauf bestehen bleiben, ihr Programm unbedingt am Donnerstag zu entwickeln, so soll versucht werden, durch Vor- und Nachmittagssitzungen die Verfassungsvorlage in zweiter Lesung bis dahin zu verabschieden.

Die große politische Aussprache, in der der Ministerpräsident Bauer, sowie der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, ihre programmatischen Erklärungen abgeben werden, wird voraussichtlich am Donnerstag, den 17. Juli stattfinden.

Straßenbahnerstreik und kein Ende

Berlin, 14. Juli.

In der heute mittag abgehaltenen Versammlung der Hochbahner wurden 1226 Stimmen für Fortsetzung des Streiks, 615 Stimmen für Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben.

Nachdem nunmehr die gesamte Bevölkerung Berlins einschließlich Bürger und Arbeiter zwei Wochen lang mit wahrer Engelsgeduld sich dem Terror der spartakistischen Straßenbahner unterwirft, in der Hoffnung, daß diesem sechsten Streik nunmehr eine längere Arbeitspause folgt, wird die endgültige Abstimmung einen Tag um den anderen verschoben.

Wenn die Direktion sofort 500 Mark an jeden auszahlt, wird man in Erwägung ziehen, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Die verbrecherische Faulheit soll also, wie die „Deutsche Tagesztg." treffend bemerkt, prämiiert werden. Dies würde bedeuten, daß die Herren für ihre Streiktage täglich 25 Mark beanspruchen, während das arbeitsame Publikum täglich beinahe ebensoviel Geld zur Bezahlung der wilden Fuhrwerke verbraucht, die sich teilweise in den Händen der Straßenbahner befinden. Mit vollstem Recht könnten dann diese Herrschaften jeden Monat 14 Tage streiken, weil sie ja dann mehr verdienen, als ihnen die Arbeit gebracht haben würde. Dies ist dann der von der Sozialdemokratie so oft gepriesene Gemeinsinn des dreimal heiligen klassenbewußten Proletariats. Bedenken wir doch einmal, daß das Fahrbetriebspersonal monatlich 526 Mark bei freier Kleidung verdient, dabei sinken die Preise der Lebensmittel täglich um ein bedeutendes. Hätte man den Straßenbahnern noch vor einem knappen Jahre gesagt, daß sie statt elf Stunden täglich nur acht Stunden arbeiten müssen, daß sie statt höchstens 5 Mark am Tage nunmehr 16 Mark verdienen würden, man wäre ausgelacht worden. Diese Leute haben also mehr als alle anderen Ursache, der Regierung kniefällig zu danken für die Vergünstigungen, die sie sich nicht haben träumen lassen; sonderbarerweise glauben sie aber schwer betrogen worden zu sein und fordern und verlangen das Blaue vom Himmel herunter für ihre doch so gänzlich untergeordnete Tätigkeit. Die Direktion der Straßenbahn darf auch nicht das geringste Zugeständnis an die Streikenden machen, da wir sonst in ein paar Wochen genau dasselbe Elend haben. Der Streik wird in ein paar Tagen zusammenbrechen, dies wäre dann eine heilsame Lehre für die Streikfüchtigen in allen Betrieben, daß die Streikapostel die Arbeiterschaft in Hunger und Elend stürzen. Deutschland ist gerade genug zertrümmert, als daß die ewig unzufriedenen Arbeiter es noch weiter in Elend und Zerrüttung bringen. Es ist zu erwarten, daß die Direktion jenen Streikhetzern ohne weiteres kündigt. Es gibt genug anständige Menschen, die glücklich wären, das Gehalt eines Straßenbahners zu bekommen und die nicht den egoistischen Machthunger der Streikleitung besitzen. Für die Direktion gilt nur eine Richtschnur: Keine Verhandlungen, keine Bewilligungen, sondern bedingungslose Kapitulation.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907151-12/fragment/page=0001

Die Auflösung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps

Zur Auflösung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps erfahren wir von berufener Seite, daß die offiziöse Darstellung der „B. P. N." nicht den Tatsachen entspricht. Das Korps als solches bleibt nicht bestehen, die Truppen sollen aus Berlin entfernt werden, ein Teil kommt nach Westfalen, ein anderer nach Holstein. Auch der Stab des Korps wird aufgelöst, denn gerade die verdientesten Mitglieder des Stabes, die eigentlichen Begründer des Korps, haben die ihnen angebotene Uebernahme in die Reichswehr abgelehnt, da sie bei gewissenhafter Prüfung sich sagen mußten, daß die Entfernung der Truppen des Garde-Kavallerie-Schützenkorps, denen allein die Regierung ihre Existenz verdankt, einmal ein Akt größter Undankbarkeit und Ungerechtigkeit darstellt und des weiteren eine Politik einleitet, die unweigerlich ins Chaos führt. Denn die Gefahr von links ist keineswegs vorüber, und ohne das Garde-Kavallerie-Schützenkorps wird es auch in absehbarer Zeit noch nicht möglich sein, die Ruhe in Berlin aufrecht zu erhalten. Die Linksradikalen haben es geschickt verstanden, ihre dunklen Machenschaften zu verdecken, indem sie das Garde-Kavallerie-Schützenkorps als den Herd der Gegenrevolution hinstellten. Demgegenüber braucht nur auf die wiederholten Erklärungen des Korps hingewiesen zu werden, daß es seine Aufgabe lediglich darin sehe, die Regierung zu schützen und zu stützen. Allen ordnungsfeindlichen Elementen mußte das Korps allerdings ein Dorn im Auge sein. Die Niederwerfung der Januar- und Februarunruhen in Berlin, die Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe in Braunschweig, München und Hamburg sind Zeichen von der Wirksamkeit des Garde-Kavallerie-Schützenkorps. Sie werden in der Geschichte der Revolution unvergeßlich bleiben, der Dank der späteren Geschlechter ist den Leuten vom Garde-Kavallerie-Schützenkorps sicher. Mögen nur die jetzigen Machthaber ihren Schritt nicht bald bereuen.

Bezeichnend ist die Aufnahme der Nachricht von der Auflösung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps in der „Freiheit" und im „Vorwärts". Die „Freiheit" weiß von Unstimmigkeiten zwischen dem Korps und dem Generalkommando Lüttwitz zu berichten, enthält sich aber jeder hetzerischen Bemerkung. Die Auflösung des Korps ist ihr ein Zeichen von der bevorstehenden Herrschaft der Unabhängigen, und das Blatt bereitet sich schon auf die Rolle des Regierungsorgans vor. Der „Vorwärts" dagegen schwingt sich zu der niederträchtigen Bemerkung auf, daß die Auflösung des Korps dem inneren Frieden förderlich sein werde. Das ist der Dank des Regierungsorgans für die Retter der Regierung.

Der Tollerprozeß

München, 14. Juli.

Vor dem Münchener Standgericht begann heute der Hochverratsprozeß gegen den Studenten Ernst Toller, der in der ersten Räterepublik die Regierungsgewalt ausübte. In der zweiten Räterepublik war er Mitglied des Aktionsausschusses und Führer der gegen die Regierungstruppen kämpfenden Roten Garde.

Ultimatum an die ungarische Räteregierung

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Wien, 13. Juli.

General Franchet-d'Esperey richtete an den Oberkommandierenden der tschecho-slowakischen Truppen, General Pelle, ein Telegramm, in dem dieser angewiesen wird, keine weiteren Verhandlungen mit der ungarischen Räterepublik zu führen und keine ihrer Noten zu beantworten. Wie ferner verlautet, hat General Franchet von der Friedenskonferenz die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjet-Ungarn erhalten. Er wird an die Budapester Räteregierung eine letzte Meldung richten mit der Aufforderung, sofort abzudanken und einer vom Volk frei gewählten Regierung Platz zu machen. Diese Note wird kurz befristet sein. Sollte ihr nicht entsprochen werden, so wird die militärische Aktion sofort aufgenommen werden.

Das Wiener Pressebureau meldet ferner aus Bukarest: Die Truppen der ungarischen Gegenregierung in Szegedin sind für die bevorstehende Offensive gegen Sowjet-Ungarn in zwei Teile geteilt worden; ein Teil wurde den Rumänen, der zweite den Franzosen zugewiesen.

Rotterdam, 14. Juli.

Aus Hermannstadt wird gemeldet, daß die Offensive der vereinigten rumänischen, jugoslawischen, tschechischen und französischen Truppen gegen die ungarische Räteregierung noch Ende dieser Woche einsetzen wird. Die ungarische Räteregierung trifft bereits umfangreiche Defensivmaßnahmen.

Vom Ueberseehandel

Aus dem Haag, 14. Juli.

Der niederländische Ueberseetrust teilt mit, daß alle zwischen dem niederländischen Ueberseetrust und den assoziierten Regierungen getroffenen Uebereinkommen aufgehoben werden. Ausgenommen davon sind alle die Uebereinkommen, kraft deren die finanzielle Stellung des niederländischen Ueberseetrusts in Amsterdam erreicht worden ist. Die Aufhebung dieser Uebereinkommen bedeutet, daß die Kontrahenten des Trustes ihren Verpflichtungen enthoben sind. Nur in einzelnen, ganz bestimmten Fällen bestehen noch für gewisse Parteien Verpflichtungen gegenüber dem Ueberseetrust, die den Interessenten besonders mitgeteilt werden.

*

Aus London wird gemeldet: Durch die Ratifizierung des Friedensabkommens wird der Handel mit Deutschland mit den Alliierten und Neutralen künftig wieder gestattet werden. Der Handel bleibt lediglich den Bestimmungen jedes Landes unterworfen mit dem Vorbehalt, daß Schiffe mit feindlicher Flagge keine Reise machen dürfen, zu der sie nicht von der alliierten maritimen Waffenstillstandskommission ermächtigt sind. Die beschränkenden Bestimmungen für die Schiffahrt wurden gleichfalls rückgängig gemacht.

Polnische Offensive gegen Litauen

Tilsit, 14. Juli.

Polnische Legionäre haben die von der Entente gezogene Demarkationslinie überschritten und dringen in Litauen vor. Ein litauisches Heer wurde ihnen entgegengestellt. Es ist bereits zu schweren Kämpfen gekommen. Die litauische Regierung fordert alle dienstfähigen Männer zum Eintritt in das Heer auf. Stellenweise wurden die polnischen Regimenter zurückgeschlagen.

Die Streiklage im Reich

Hamburg, 14. Juli.

Nach der kommunistischen Arbeiterzeitung hat gestern eine Versammlung der Betriebsräte, Funktionäre und Delegierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftshause wegen der Verhaftung des zweiten Bevollmächtigten Wagner und infolge der Erfolglosigkeiten der Schritte zu seiner Entlastung beschlossen, den Verbandsmitgliedern für Dienstag, den 15. Juli, einen eintägigen Proteststreik zu empfehlen. Die Angestellten des Verbandes führen ein Tagesgehalt zugunsten des Verhafteten ab.

Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei im Staatsgebiet Groß-Hamburg fordert im „Hamburger Echo" ihre Mitglieder, auch die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, auf, der Empfehlung eines eintägigen Ausstandes durch den Metallarbeiterverband nicht zu folgen, da es nur den Gewerkschaften zustehe, über wirtschaftliche Ausstände zu bestimmen, während es sich hier um einen politischen Ausstand handle, dessen Empfehlung für die Gewerkschaften sehr verhängnisvoll werden müsse.

Kattowitz, 14. Juli.

Der Betrieb in Tarnowitz ist aufgenommen. Der Eisenbahnerstreik ist beendet.

Die Not der Rentenempfänger

Nationalversammlung

56. Sitzung.

Weimar, 14. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger, Dr. David.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.

Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Mandat als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterstaatssekretär geworden ist. Das Haus setzt die Beratung über Wahlprüfungen fort.

Abg. Dr. Raschig (Dem.) berichtet über die Wahlen im dritten Wahlkreise, Stadt Berlin. Die aus diesem Wahlkreise vorliegenden Proteste richten sich gegen die Wahlzettel der Liste Scheidemann, weil diese die fettgedruckte Ueberschrift „Liste der Sozialdemokraten" getragen haben. Der Wahlprüfungsausschuß erblickt in der genannten Ueberschrift kein Kennzeichen im Sinne des Wahlgesetzes und hat die Stimmzettel für gültig erklärt. Die Zahl der früher für ungültig erklärten Stimmzettel reicht aber zur Veränderung in der Zahl der Mandatsträger nicht aus. Deshalb schlägt der Wahlprüfungsausschuß einstimmig vor, die Wahl für gültig zu erklären.

Nach kurzer Debatte wird der Ausschußantrag angenommen.

Präsident Fehrenbach: Ich stelle den Herrn dringend anheim, nur die wirklich absolut notwendigen Reden zu halten und sich im übrigen mehr an die Tat der Abstimmung zu halten. (Lebhafte Zustimmung.)

Es folgt die Interpellation Auer und Gen. (Soz.): „Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?"

Abg. Meier-Sachsen (Soz.) begründet die Interpellation.

Arbeitsminister Schlicke: Zweifellos sind die gegenwärtigen Rentenbezüge ungureichend, aber für den Augenblick sind weder die Versicherungsträger, da die Zuschläge bis zum Ablauf des Jahres 1919 eine Mehrausgabe von 220 Millionen Mark verursacht haben, noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereit zu stellen. Ich habe daher im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die fürsorgebedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege, an deren Kosten ja das Reich mit ⅔ beteiligt ist, verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden, die zum Teil auf diesen Gebieten versagt haben, noch einmal besonders anweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich schon in allernächster Zeit, womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Bedürfnissen einer erhöhten Fürsorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt. Wie hoch die Leistungen künftig bemessen werden können, und ob eine Erhöhung ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge möglich sein wird, unterliegt noch der Prüfung.

Major von Werder: Die gesamte Fürsorgetätigkeit ist jetzt auf eine feste Grundlage gestellt. Erst in letzter Zeit sind wieder beträchtliche Summen für soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge verfügbar gemacht worden. Die gründliche Reform der Militärversorgungsgesetze ist in Arbeit und wird mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Neben dieser Reform schweben noch Verhandlungen über verschiedene andere Maßnahmen, die einer größeren Anzahl von Versorgungsberechtigten Militärpersonen zugute kommen sollen.

Auf Antrag des Abg. Löbe (Soz.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Gisling (Ztr.): Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die materielle Not von denen fernzuhalten, die dem Vaterlande die größten Opfer gebracht haben. Vor allem muß den Kriegsbeschädigten Arbeit beschafft werden, und sie müssen vor Entlassungen aus der Arbeit geschützt werden.

Abg. Erkelenz (Dem.): Das Kapitalabfindungsgesetz sollte nicht bloß ausschließlich auf den Grundbesitz zugeschnitten bleiben. Auch eine Entschädigung der Kriegsgefangenen, ebenso eine Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der früheren Kriege ist wünschenswert.

Abg. Behrens (Dtschnatl.): Die Entschädigungsfrage ist keine Parteisache. Sie muß ein Bekenntnis der Nationalversammlung für eine ausreichende und angemessene Versorgung der Kriegsbeschädigten werden. Das damit angeschnittene Gebiet ist aber so weitläufig, daß wir eigentlich nur den grundsätzlichen Zustimmungen für diese Bestrebungen Ausdruck geben können. Wir haben unserseits eine neue Regelung der Entschädigungsfrage bereits vor längerer Zeit, zuletzt noch im Februar dieses Jahres angeregt, allerdings ohne bei der Regierung Gegenliebe zu finden. Die gute alte Zeit des alten Regimes, so darf man jetzt wohl sagen, versprach uns wohl ein solches Gesetz, aber es ist bis heute ausgeblieben. Jedenfalls muß dieser Zustand durch ein Gesetz, nicht durch eine bloße Verordnung geregelt werden. Das beste wäre freilich gewesen, das Gesetz noch vor Abschluß des Friedensvertrages fertig zu machen, damit unsere früheren Feinde nicht Gelegenheit haben, sich in die Rentenfestsetzungen unserer Krieger einzumischen, Zeit genug wäre zwischen Ostern und Pfingsten gewesen.

Abg. Winnefeld (Dtschnatl.): Die während des Krieges eingetretenen Lohnverschiebungen machen auch eine Aenderung der Renten erforderlich.

Abg. Frau Meise (Soz.): Das Vaterland hat die Verpflichtung, gerade über die Hinterbliebenen unserer gefallenen Krieger seine hütende Hand zu breiten. Das Gleiche gilt von den Kriegsbeschädigten. Was wir ihnen zu geben vermögen, macht nur ein Geringes dessen aus, was sie uns gegeben haben. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen wird die Sitzung um 7½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 9½ Uhr: Anfragen. Wahl eines Vizepräsidenten der Nationalversammlung und Verfassungsentwurf.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

23] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Kühn aber möglich, wenn auch unwahrscheinlich, lieber Kommissar. Ich dachte, Sie liebten auch das „Wunderbare" sonst nicht."

„Tue ich auch nicht; ich weiß nur beim besten Willen nicht, warum der Mann, nachdem er den Diebstahl ausführte, nach Kopenhagen reist, abgesehen davon, daß wir vorläufig noch keine rechte Erklärung dafür haben, wie es ihm möglich war, sich unterwegs — oder am Sonntag, in der ihm ganz unbekannten Stadt, deren Sprache er nicht einmal verstand, ein Petschaft mit dem Siegel des Kommerzienrats zu verschaffen."

„Das hat er vielleicht ganz sorgfältig mit einem Wachsabdruck selbst gemacht. So was kommt auch vor."

„Bei ganz geriebenen und raffinierten — —"

„Stanislaus Podieski kann ihm ja geholfen haben. Aber mit der Kopenhagener Reise ist es allerdings sonderbar, obgleich ich auch dafür eine Erklärung habe, Herr Kommissar, sogar ohne Ihr „Unterbewußtsein"."

„Sie meinen?"

„Ganz einfach. Becker ist ein ziemlich harmloser Mensch. Die Podieskis, die ja zweifellos in jedem Fall die intellektuellen Urheber sind, hatten ihn vollkommen am Gängelband. Nun hatte er ihnen das Geld gegeben und es war ihnen vielleicht lästig, mit ihm zu teilen. Darum schlugen sie ihm vor, nicht mit ihnen gemeinsam zu fliehen, sondern ruhig nach Kopenhagen zu gehen. Sie machten ihm klar, daß die Komödie mit dem leeren Scheckformular in dem Kuvert sicher gelingen müsse, daß er, Becker, vollkommen gerechtfertigt und als Opfer eines Betruges von dritter Seite heimkehren würde.

Inzwischen waren sie dann über alle Berge und brauchten den Raub nicht einmal mit dem zu teilen, der ihnen die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte."

„Auch das ist denkbar, Herr Kommissar, nur traue ich dem jungen Mann, der mir durchaus kein Nervenheld zu sein scheint, nicht zu, daß er eine solche Rolle bis zu Ende gespielt hätte, wie mich auch jetzt sein Leugnen und dann wieder ein gewisser Zweifel an seiner eigenen Zurechnungsfähigkeit stutzig macht."

„Sie haben sich diesmal nun eben auf das „Unterbewußtsein" festgelegt," lachte der Landgerichtsrat, „aber nun wollen wir Schluß machen für heut. Morgen ist auch noch ein Tag — —"

„Entschuldigen, Herr Landgerichtsrat, eine junge Dame ist da und bittet dringend, vorgelassen zu werden."

„Um neun Uhr des Nachts? Die ist wohl ganz von Gott verlassen. Wie heißt sie denn?"

„Sie sagt, sie heiße Grete Hanus und sie wäre die Braut des verhafteten Arnold Becker."

„Sieh da!"

Der Landgerichtsrat wechselte einen Blick mit dem Kommissar.

„Da wollen wir einmal eine Ausnahme machen. Lassen Sie das Fräulein eintreten."

Gretchen kam herein. Sie hatte ihr einfaches Hauskleid an und einen Schleier dicht über das Gesicht gezogen, den sie jetzt lüftete. —

„Mein Herr —"

Sie wandte sich an Schlüter, der aber wies mit einer Bewegung auf den Richter.

„Sie wünschen zum Herrn Landgerichtsrat."

Gott sei Dank, nun wußte sie doch, wie sie den Herrn anreden sollte.

„Verzeihen Sie, Herr Landgerichtsrat, wenn ich so spät noch störe, aber ich möchte Sie recht innig und herzlich bitten, gestatten Sie, daß ich nur fünf Minuten mit meinem Bräutigam spreche."

Sie sah bildhübsch aus, wie sie in ihrer kindlichen, innigen Art so bittend dastand und der Richter hatte tiefes Mitleid mit ihr.

„Aber, mein Fräulein, das wird jetzt am Abend doch nicht aut möglich sein."

„Herr Landgerichtsrat, ich weiß ja nicht, wie ich es tragen soll. Er ist nicht schuldig, das sagt mir mein Herz, und nun haben ihn alle verlassen. Sogar mein Bruder, der sich sonst seinen besten Freund nannte. Herr Landgerichtsrat, und ich glaube, es ist auch für Sie gut, wenn Sie es mir erlauben. Mir sagt er die Wahrheit — ich weiß es sofort, ob er schuldig ist oder nicht. Sie können ja dabei bleiben. — Ach, lieber Herr Landgerichtsrat —"

Da mischte sich Schlüter ein:

„Wenn ich mir ein Wort erlauben darf. Vielleicht hat das kleine Fräulein Recht. Eine große Gemütsbewegung —"

„Gerichtsdiener."

„Herr Landgerichtsrat?"

„Holen Sie den Untersuchungsgefangenen Arnold Becker, Zelle 117, hierher."

„Sehr wohl."

„Sie sehen, mein liebes Fräulein, ich tue, was ich eigentlich gar nicht verantworten kann. Abernatürlich muß die Unterredung in unserer Gegenwart stattfinden und darf nur wenige Minuten dauern. Treten Sie bitte einstweilen in das Nebenzimmer, bis ich Sie rufe."

Mit einem dankbaren Blick, zu Worten war sie ...ßig, ging Gretchen hinaus. Bald darauf wurde Arnold hereingeführt. Er war bleich und sein Auge hatte einen unsteten, flackernden Glanz.

„Becker, ich habe Sie holen lassen, weil eine Dame dringend verlangt, Sie zu sprechen."

Er sah ihn scharf an, und auch Schlüter beobachtete seine Züge.

„Jawohl, Fräulein Wanda Podieski."

Er runzelte die Stirn, sagte aber sonst ganz ruhig.

„Ich bitte, ersparen Sie mir das. Was will die Person von mir. Ich sagte Ihnen doch, daß ich mit ihr gebrochen habe."

„Nein, nein, es ist ja eine andere. Fräulein Hanus — darf ich bitten??"

Gretchen trat ein. Sie blieb in der Tür stehen und preßte ihre Hände auf das Herz. Arnold stand einen Augenblick mit weit aufgerissenen Augen und starrte sie an, als sei sie ein Geist.

„Gretchen — Gretchen — Du — Du kommst zu mir?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907151-12/fragment/page=0002

Die Politik im Rathause

Der Schuletat — Sturm auf die Kaiserbilder — Lästerung der Hohenzollern

Halle, den 14. Juli.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Vorsitzende die eingegangenen Gesuche. Der Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen bittet um Ausschmückung der Bahnhofsbülle und Straßen; das Gesuch wird dem Haushaltsausschuß überwiesen, desgleichen eine Eingabe des Bauarbeiterverbandes um eine Kontrolle der Bauten. Die übrigen Anträge werden einstweilen zurückgestellt, und es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1 und 2 betr. Erhöhung der Gas- und Wassergebühren werden in der bereits vom Haushaltsausschuß angenommenen Form ohne jede Debatte genehmigt.

Im Anschluß an Punkt 2 wird von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß die Hausbesitzer den Mietern Rückvergütungen für das Wassergeld abfordern, die ihre tatsächlichen Aufwendungen weit überschreiten. Das kann erreicht werden durch entsprechende Vorschriften entweder in der Ordnung betreffend die Erhebung der Gebühren für Benutzung der städtischen Wasserleitung vom 17. Mai 1897, oder auf Grund der Bundesratsverordnungen über die Mieteinigungsämter und das Wohnungswesen (vom 23. Sept. 1918 usw.) oder durch beides."

In der Begründung des Antrags weist Stadtv. Kleeis (Soz.) darauf hin, daß die Hausbesitzer in den letzten Jahren, auch während des Krieges, die Mieten ständig gesteigert haben, und schlägt vor, entweder in die Wassergebührenordnung eine dahingehende Bestimmung aufzunehmen, daß die Hausbesitzer keine höhere Entschädigung von den Mietern verlangen dürfen, als sie selbst für die Wassersteuer zu bezahlen haben oder diese Angelegenheit durch das Mieteinigungsamt regeln zu lassen. — Stadtv. Keil (Dem.) hält die Aufnahme einer derartigen Bestimmung in die Wassergebührenordnung nicht für zulässig, da diese lediglich das Verhältnis zwischen Stadt und Konsumenten behandelt, erklärt dagegen in dieser Frage das Mieteinigungsamt für zuständig. Außerdem ist es auch für den Hausbesitzer schwierig, festzustellen, wieviel Wasser der einzelne Mieter verbraucht. Redner ist daher für Ueberweisung des Antrags an den Rechts- und Verfassungsausschuß. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) beantragt mit Rücksicht auf die genehmigte Erhöhung der Wassergebühren sofortige Entscheidung, zieht dann aber auf den Einwand des Stadtv. Borges (Dem.), daß durch derartige Anträge die Tagesordnung nur belastet werde, seinen Antrag zurück und ersucht um Ueberweisung des Antrags Kleeis an den Magistrat; die Abstimmung entscheidet für Ueberweisung an den Rechts- und Verfassungsausschuß. —

Ueber den Antrag auf

Ergänzung der Theaterdeputation

berichtet Stadtv. Bundt (Deutschnat.). Nachdem an Stelle eines Direktors des Stadttheaters ein Intendant getreten ist, macht sich auch eine neue Zusammensetzung der Theaterdeputation notwendig. In diese vornehmlich Fachleute zu wählen, ist die Meinung der weitesten Kreise unserer Stadtverordneten. Redner befürwortet Annahme des bereits im Theaterausschuß genehmigten Antrags, was auch ohne jede Besprechung geschieht.

Es folgt dann ein Antrag auf Aenderung der Hundesteuerordnung, nach der Hunde, die von Kriegsblinden zu ihrer Unterstützung gehalten werden, steuerfrei sein sollen. Stadtv. Brettschneider beantragt, diese Bestimmung auf alle Blinde auszudehnen. Stadtbaurat Wurm warnt davor, den Antrag in dieser Form anzunehmen, da ja dann auch ein blinder Millionär steuerfrei sei. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Steuerfreiheit sich nur auf unbemittelte Blinde erstrecken darf. —

Der Antrag der demokratischen Stadtverordnetenfraktion, unter Abänderung der im Jahre 1912 getroffenen Vereinbarung den pensionierten Polizeibeamten die Uniformen so lange zu belassen, bis wieder normale Zeiten eingetreten sind, wird angenommen, nachdem ein Antrag von unabhängiger Seite, diese Bestimmung auf alle Beamte, die ein Recht auf Entschädigung für ihre Uniform besäßen, zu erweitern, zurückgezogen worden ist. —

Der Beschluß des Magistrats, den Steuer-, Gebührenerhebern und Boten zur Selbstbeschaffung der Dienstkleidung für das Etatsjahr 1919 einen Betrag von je 200 M. — unter Anrechnung der bereits gezahlten Beträge — zu bewilligen und die Mehrkosten aus den betr. Etatspositionen zu entnehmen, wird einstimmig genehmigt.

Den Bericht über die Verteilung der Zinsen des Schmidtschen Legats gibt Stadtv. Kleeis. Er führt darüber Klage, daß Halle in der Haus- und Krankenpflege weit hinter anderen Städten zurückstehe und bittet um Aufklärung dieses Zustandes. Frau Stadtv. Krüger (Unabh.) tritt dafür ein, daß eine Möglichkeit geschaffen wird, daß auch Pflegerinnen für Unbemittelte zur Verfügung stehen. Es wird beschlossen, die Angelegenheit dem Haushaltsausschuß zur Prüfung zu überweisen. Schließlich wird der Vorschlag des Magistrats angenommen, die im Rechnungsjahre 1918 aufgekommenen Zinsen des für hiesige Wohltätigkeitsanstalten bestimmten Schmidtschen Legatenfonds im Betrage von 1125 M. wie folgt zu verteilen: Krüppel-, Heil- und Bildungsverein für den Regierungsbezirk Merseburg 500 M., Hauspflege-Kommission des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes Ortsgruppe Halle 625 M. —

Ebenso wird der Haushaltsplan der Bethcke-Lehmann-Stiftung ohne weitere Debatte genehmigt. —

Der Antrag des Stadtv. Osterburg (Unabh.), vor Eintritt in den neuen Haushaltsplan eine allgemeine Besprechung vorausgehen zu lassen, wird von sämtlichen Fraktionen abgelehnt.

Der Haushaltsplan für 1919.

Der Etat des Schlacht- und Viehhofs wird einstimmig genehmigt. Der Berichterstatter, Stadtv. Gelhaar, weist darauf hin, daß es trotz der infolge der Erhöhung der Gebühren gestiegenen Einnahme nicht möglich gewesen ist, irgendwelche Beträge an die Stadt abzuführen. Der neue Etat würde wohl ziemlich ungünstig abschließen, da zurzeit kaum nennenswerte Einnahmen aus den Gebühren erzielt werden.

Der Haushaltsplan der städtischen Friedhofsverwaltung, der mit 610 000 M. in Ein- und Ausgaben abschließt, wird gleichfalls genehmigt (Referent Stadtv. Osterburg). Der im Anschluß hieran von Stadtv. Bock (Unabh.) eingebrachte Antrag auf Anweisung der Sozialisierungskommission, die Verstadtlichung des Begräbniswesens vorzubereiten, wird angenommen, desgleichen der Haushaltsplan der Grube Karl Ernst. — Es folgt dann die

Besprechung der Schuletats.

Ueber die höheren Schulen berichtet Stadtv. Hoë (Dem.), ohne daß sich an seine Ausführungen eine Besprechung anschließt. Nach dem Bericht des Stadtv. Splett über die mittleren und Volksschulen meldet sich Stadtv. Wilke (Soz.) zum Wort. Er fordert für die mittleren Schulen die kollegiale Schulleitung, durch die über 33 000 M. erspart würden. Daß ein Volksschüler die Stadt 100 M., ein Schüler der Hilfsschule aber 287 M. koste, sei nicht zu rechtfertigen; außerdem könnten bei dem gleichen Unterrichtsverfahren über 46 000 M. erspart werden. Ferner führt Redner noch an, daß ein Schüler der katholischen Volksschule 16 M. mehr Kosten verursacht als ein Schüler der evangelischen Volksschulen und daß in der Grundschule nicht die geeigneten Lehrkräfte tätig seien.

Stadtschulrat Brendel erwidert hierauf, daß die Einführung der kollegialen Schulleitung die Abschaffung der Rektoren bedeute. Dies ist Sache der Zentralregierung, nicht der Stadtverordneten. Den anormalen Kindern eine weniger sorgfältige Ausbildung als bisher zu geben, um Geld zu sparen, heißt ihnen das Glück nehmen, sich als Mensch zu fühlen. Den Vorwurf, daß in den Aufnahmeklassen ungeeignete Lehrer unterrichteten, weist Redner zurück. Er hat vielmehr stets veranlaßt, daß gerade für diese Klassen besonders erprobte Lehrkräfte gewählt werden.

Stadtv. Koenen: Die Minderbemittelten sind gleichfalls Opfer der jetzigen sozialen Verhältnisse. Redner kündigt an, daß die ausführlichere Aussprache und die Wünsche seiner Fraktion für den eigentlichen Lehrplan der Schule für das Kapitel Volksschule vorbehalten bleiben. — Stadtv. Splett macht einige pädagogische Einwendungen zu den Ausführungen des Stadtv. Wilke. Die eigentliche Schwierigkeit für die Grundschule ist die ungleiche Zusammensetzung der Schüler nach ihrer Vorerziehung im Elternhause, ein Hemmnis, das besonders in den ersten vier bis fünf Monaten sehr stark auf den Unterricht einwirkt. Zur Linken des Hauses gewendet: Sie würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn Sie in der Presse, in Versammlungen usw. das Interesse an der Arbeit der Schule in Ihren Kreisen mehr wecken. — Redner weist darauf hin, daß der Unterricht in den Unterklassen eine große Selbstverleugnung voraussetzt. Stadtv. Bundt: Den Wünschen des Stadtv. Wilke stehen auch wichtige soziale Bedenken entgegen. Die geistige Aermlichkeit ist keineswegs ein Vorbehalt der ärmeren Klasse, sie ist auch in den anderen Volksschichten bei den Kindern häufig vorhanden. Für den Unterricht der Hilfsschüler sind selbstverständlich größere Mittel notwendig. Die Beschränkung der Hilfsschule wäre ein beträchtlicher pädagogischer Rückschritt. — Stadtv. Splett: Die äußere Schulform, die die Kinder verschiedenster Kreise näher zusammenrückt, bringt die soziale Annäherung auch nicht. Nirgends stehen die Menschen sich so fern, als wo sie, wie z. B. in Berlin, am nächsten beieinanderstehen. Die Kindergärten sind auch nur ein Notbehelf. Gestalten Sie die sozialen Verhältnisse so, daß die Mütter wieder Hausfrauen werden; dann ist vieles gebessert. Ich hoffe, daß die gegenwärtige Arbeitslage diese Aenderung fördern wird. —

Bei dem nächsten Kapitel: „Evangelische Volksschule" wird aus der Versammlung bemerkt, daß gegenwärtig 45 Lehrerstellen in der Volksschule unbesetzt sind. Im Interesse des geregelten Schulbetriebes wird das bedauert. Ein Redner fragt weiter, wieviel technische Lehrerinnen noch wissenschaftlichen Unterricht geben. — Stadtschulrat Brendel: Wir müssen bei der Wiederbesetzung der Stellen langsam vorwärtsgehen. Es gibt überdies augenblicklich keine Wohnungen für zuziehende Lehrer. Wissenschaftlicher Unterricht von technischen Lehrerinnen wird leider noch häufig gegeben, die Lehrerinnen haben aber durch außergewöhnlichen Fleiß in der Praxis das nachgeholt, was Ihnen an den einschlägigen Kenntnissen fehlt.

Stadtv. Koenen richtete einige grundsätzliche Fragen an den Stadtschulrat. Wie stark wird die Frequenz der Grundschule sein? Wie ist es mit den Schulbauten usw. bestellt? Weshalb sind die Lehrpläne noch nicht geändert worden? In den Lehrbüchern befindet sich noch vieles, was vorrevolutionär ist. Weshalb ist nicht wenigstens eine Anweisung dahin ergangen, daß jetzt gewisse Gegenstände aus den Lehrbüchern entfernt werden? Der Etat enthält ferner den Posten „Ausschmückung der Schule für Feste". Welche Feste sind damit gemeint? Redner bringt ferner folgende allgemeine Forderungen vor: Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Minderbemittelte, für die nur 17 000 Mark im Etat vorgesehen sind. Ferner soll das unentgeltliche Frühstück für Minderbemittelte erweitert werden. Stadtschulrat Brendel: Die Frequenz der Volksschule wird in den nächsten Jahren von ganz allein heruntergehen. Früher galt folgender Satz: In den Aufnahmeklassen werden nicht mehr als 50, in den weiteren nicht mehr als 55 Schüler unterrichtet. Betr. die Lehrpläne führt Redner aus: Die gewünschten Aenderungen lassen sich nicht übers Knie brechen. Sofort nach den Sommerferien wird sich eine Kommission mit der Sache befassen. Im Lehrplan der Aufnahmeklasse wird jedenfalls nicht viel geändert werden. Der Posten für Ausschmückung der Schule bezieht sich auf die Schulentlassungsfeiern, die Feier des 1. Mai usw. Die Bedürfnisse nach unentgeltlichen Lehrmitteln sind mit der Zeit geringer geworden, und da die Ansprüche zurückgingen, konnte auch der Etatposten niedriger bemessen werden. Die erweiterte Zuteilung unentgeltlichen Frühstücks scheitert an der Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung.

Stadtv. Bock: Auch die Schulfrage ist, genau betrachtet, eine Machtfrage. Früher ging die gesamte Schulfrage lediglich darauf hinaus, den Hohenzollern brave und getreue Untertanen zu erziehen. Wenn man gesagt hat, die Schlacht bei Sadowa habe der preußische Schulmeister gewonnen, so kann man ebenso gut sagen, der Weltkrieg sei durch den preußischen Schulmeister verloren gegangen. Die republikanischen Staaten mit ihren freiheitlichen Schulen waren uns überlegen. Solange die Mehrheitssozialisten mit dem Zentrum in den Schulfragen einen Kompromiß einhalten müssen, ist keine Besserung zu erwarten. — Zu dem Posten des Etats: Ausschmückung der Schulen gehören auch

die Kaiserbilder in den Schulen

Ich habe neulich in einer hiesigen Schule in einer Versammlung Mißstimmung erregt, weil ich von der Person Wilhelms II., der im Bilde an der Wand hing, nicht mit der gebührenden Hochachtung sprach. Das zeigt mir, wie in vielen Kreisen der Geist der neuen Zeit noch sehr wenig tief begriffen worden ist. Man denkt auch vielleicht, daß man das Bild lieber noch hängen läßt, weil er vielleicht doch noch bald einmal wieder kommt. Meinen Sie, wenn heute das alte Regime wiederkäme, man würde die Bilder Marxs und Lasalles in den Schulen dulden? Es ist beschämend, daß die Kaiserbilder nach der Umwälzung noch an ihren alten Plätzen in den Schulen hängen. Ich stelle folgenden Antrag:

„Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kriegs- und Hohenzollernbilder so bald wie möglich aus sämtlichen Schulen zu entfernen."

Stadtv. Splett: Herr Koll. Bock verurteilt es, die Schulfragen als Machtfragen zu behandeln. Ich werde mir erlauben, ihn im Verlaufe der späteren Debatten häufiger daran zu erinnern. — Stadtv. Osterburg: Die Hohenzollernfamilie hat es wahrlich nicht verdient, daß sie in den Schulen so verherrlicht wird. (Lebh. Widerspruch rechts.) Nein, in diesem Punkte werden Sie uns folgen müssen. Wir lassen unsere Kinder nicht in der alten Geschichtsklitterung unterrichten. Es sind unsere Kinder, nicht Ihre! Wir werden Mittel und Wege finden, das mit aller Macht durchzusetzen. Und wenn der Herr Stadtschulrat nicht will, wie wir es wollen, so werden wir wissen, was wir zu tun haben mit ihm.

Stadtv. Manschewski (Demokrat) tritt den Vorrednern entgegen und erklärt namens seiner Parteifreunde, gegen den Antrag stimmen zu wollen. — Stadtv. Koenen: Bei Regierungsräten Wilhelms II. hätte eine Verherrlichung der Hohenzollern und ihrer Verdienste Sinn gehabt. Das hat sie jetzt nicht mehr. Die Herren Demokraten mögen sich nicht von reaktionären Gefühlen einlullen lassen, sondern auf ihr demokratisches Herz hören. In der Kommission zur Reformierung des Lehrplanes sitzen die reaktionärsten Schulrektoren. Das werden wir nicht dulden. Solche Dinge wie Religion und Hohenzollerngeschichte können die Eltern den Kindern zu Hause beibringen, wenn sie wollen. In der Schule sollen lediglich die Realien gelehrt werden.

Stadtv. Schrader (Deutschnational): Der Stadtv. Bock hat es als beschämend bezeichnet, daß die Kaiserbilder noch in den Schulen hängen. Stadtv. Osterburg hat die Verherrlichung der Hohenzollern als unverdient bezeichnet. Ein Zuruf hat den Kaiser als Verbrecher bezeichnet. Ich bedauere es aufs tiefste, daß so etwas in diesem Saale geschieht. Schonen Sie die Gefühle der Andersdenkenden. Was die Hohenzollern in ihrer 500jährigen Regierung für dieses Land geleistet haben, kann niemals aus den Tafeln der Geschichte ausgelöscht werden. Wir wollen sehen, wer mehr geleistet, die Hohenzollern und ihre Herrschaft oder die Republik.

Stadtv. Bock: Nur bekämpfen nicht die einzelnen Männer, sondern das System, das es ermöglicht, daß selbst Geisteskranke auf den Thron kommen können. Daß Wilhelm II. eine solche Stellung einnahm, nur er es tat, das lag an seinem Hofstaat. Redner erzählt mehrere Begebnisse aus dem persönlichen Leben Kaiser Wilhelms.

Stadtschulrat Brendel: Herr Osterburg hat mir gedroht; ich erkläre, daß ich auf solche Drohungen grundsätzlich nichts gebe. Ich handle nach meiner Ueberzeugung, und von der bringt mich niemand ab. Und wenn es Ihnen nicht gefällt, was ich tue, dann gehe ich. Ich darf es von mir bekennen, daß ich alle meine letzte Kraft für das Schulwesen der Stadt eingesetzt habe; meine letzten Gedanken des Abends, und meine ersten des Morgens galten der Schule. Drohungen können mich nicht irre machen.

Stadtv. Carlson: Die Frage auf die Kaiserbilder ist eine unwürdige Bilderstürmerei, selbst in Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten ist dieser Antrag abgelehnt worden. Glauben Sie, daß Sie die Erinnerung an die große Zeit aus den Herzen der Jugend reißen, wenn Sie die Bilder der Heerführer von der Wand nehmen? Was Herr Bock über den Kaiser erzählte, bezeichnet man sonst als Klatsch. Ein Urteil über die Hohenzollern zu fällen, ist eine Stadtverordneten-Versammlung wohl kaum berufen. Auch ich bitte Sie, schonen Sie unsere Gefühle. Es ist nicht würdig, einem Unglücklichen wie dem Kaiser noch einen Tritt zu geben. Selbst der Kultus-Minister Hänisch hat angeordnet, daß Bilder, wo sie einmal hängen, nicht abgenommen werden sollen.

Stadtv. Kregler (Deutschnational): Nachdem die Schuldebatte wiederum auf rein politisches Gebiet geführt hat, beantrage ich Schluß der Aussprache. — Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtv. Knauth äußert seine Ansicht über die künstlerische Wertlosigkeit der Kaiserbilder, Büsten und Denkmäler.

Stadtv. Herzfeld (Dem.): Ich bin stets ein Feind des Personenkultus gewesen. Man hätte früher vielleicht weniger Kaiserbilder aufhängen sollen. Nicht die Lesebücher soll man ändern, sondern die Lehrer soll man dazu anhalten, dem Geschichtsunterricht einen neuen Inhalt zu geben. Der Antrag Bock in seiner Allgemeinheit ist nicht zu unterstützen. Ein Wilh Friedrichs des Großen wird man in den Schulen wohl dulden können. Eine andere Frage ist die, ob die Bilder Wilhelms II. in die Klassen gehören. Wenn er als Repräsentant des herrschenden Regimes dort hängt, so ist das nicht mehr angebracht. Der Antrag bedarf jedenfalls der Durchprüfung.

Ein zweiter Antrag Ziegler (Deutschnatl.) auf Schluß der politischen Debatte wird angenommen.

Der Antrag Bock findet bei der Abstimmung Annahme. (Forts. folgt.)

Aufhebung des Bezugsscheins

Im Kabinett ist beschlossen worden, die im Besitz des Reichs befindlichen Textilrohstoffe und Fertigfabrikate schleunigst auszuschütten und die Waren teils dem freien Handel zuzuführen, teils die notleidende Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Reichszuschuß für die bürgerliche Bevölkerung kommt, wie gegenüber unrichtigen Pressemeldungen festzustellen ist, bei der gespannten Reichsfinanzlage nicht in Frage. Dagegen wird das Reich die Reichs-Textil-A.-G. anweisen, für 300 Millionen Mark preiswerter Textilien für rückkehrende Krieger, Minderbemittelte usw. neu zu beschaffen. Dieser Betrag reicht für eine durchgehende allgemeine Versorgung nicht aus; es wird aber damit gerechnet, daß die Bevölkerung sich noch anderweit eindecken kann. — Die Reichs-Textil-A.-G. soll in Kürze liquidiert werden, während die Reichsbekleidungsstelle nach der in den nächsten Tagen bevorstehenden Aufhebung des Bezugsscheins ihre Tätigkeit auf die Textil-Notstandsversorgung beschränkt.

Kleine Nachrichten

Freigabe von Heeresbeständen. Die Bestände der Heeres- und Marineverwaltung an Stoffen und Textilien werden in allernächster Zeit, nachdem die Blockade aufgehoben ist, freigegeben und den staatlichen Verteilungsstellen zugeführt werden. Die Waren werden zu verhältnismäßig billigen Preisen verkauft werden und somit eine Senkung der übrigen im freien Handel beziehbaren Fabrikate herbeiführen.

th. **Gesetzliche Regelung des Achtstundentages.** Die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages hat in manchen Betrieben zu Schwierigkeiten geführt. Die Reichsregierung beabsichtigt, diese Schwierigkeiten durch ein Gesetz zu regeln, daß auch den handwerksmäßigen Betrieben und der Lehrlingsausbildung Rechnung trägt.

Staatliche Entschädigungen im besetzten Gebiet. Die Staatsregierung hat für Entschädigungen im besetzten linksrheinischen Gebiet bis jetzt 200 Millionen Mark bewilligt, 159 Millionen Mark sind bereits ausgezahlt worden.

Ein deutsches Denkmal in der Schweiz. Am Sonnabend vormittag wurde in Luzern auf dem Friedhof Friedenstal ein von Professor Gaul-Berlin geschaffenes Denkmal für die verstorbenen deutschen Internierten feierlichst eingeweiht.

Der Dampfer „Prinzeß Matoyka" mit etwa 1600 aus Amerika vertriebenen Deutschen an Bord ist am 14. Juli in Rotterdam eingetroffen.

Der Landarbeiterstreik. 3000 Landarbeiter des Landkreises Bielefeld traten in den Ausstand.

Die „Sense" als Wiesenland. Der Kreis Paderborn plant die Urbarmachung von 3000 Morgen des Truppenübungsplatzes Senne zu Wiesenland, um den Viehbestand zu vergrößern und den Kreis besser mit Milch und Fett zu versorgen.

Der Tarifschiedsspruch abgelehnt. Laut Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten ist der Tarifschiedsspruch in den Betriebsversammlungen abgelehnt und die Forderung einer Entschädigungssumme von 1500 Mark für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober für Verheiratete und 1000 Mark für Ledige aufgestellt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907151-12/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Ernte in Gefahr

Aus berufener Feder wird uns geschrieben:

Von allen Seiten, nicht mir aus den Kreisen der Besitzer, kommt die Nachricht, daß von gewissen Elementen in unverantwortlicher Weise Stimmung für Generalstreiks während der Ernte gemacht wird. Diese Hetzer versuchen den Landarbeitern klar zu machen, daß sie durch einen Streik in der Ernte jede, auch die unmöglichste Lohnforderung durchdrücken könnten, und erwecken so den Anschein, als wenn sie nur auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Landarbeiter bedacht seien. In den weitaus meisten Fällen sind diese angeblichen Schützer der Landarbeiter aber gar keine Berufsangehörige, ja oftmals nicht einmal Arbeiter, sondern bezahlte Spitzel, die nur das eine Interesse haben, die Ernte zu sabotieren und das schwer leidende deutsche Volk und besonders die Arbeiterschaft durch Hunger zur Verzweiflung zu bringen und in Deutschland das vollständige Chaos herbeizuführen, um dann ungestört im Trüben reichlich und gründlich fischen zu können. Ohne sich auf den Standpunkt zu stellen, daß Streiks in der Landwirtschaft unter allen Umständen verhindert werden müssen, muß man doch ohne weiteres klar darüber sein, daß Streiks in der Industrie und in der Landwirtschaft so von Grund aus verschiedene Wirkungen haben, daß der Streik in der Landwirtschaft das letzte und äußerste Mittel bleiben muß, um gerechte und anerkannte Forderungen der Arbeitnehmer durchzudrücken. Beim Streik in der Industrie wird fast immer nur die Produktion in den betroffenen Zweigen zurückgehen und mehr oder weniger schwere finanzielle Schädigungen einreten lassen, während wertvolle Rohstoffe nur in Ausnahmefällen restlos vernichtet werden. Ein Streik in der Landwirtschaft dagegen wird immer die unwiederbringliche, völlige Vernichtung mehr oder weniger großer Mengen des wichtigsten Materials, das es zurzeit für das deutsche Volk gibt, nämlich von Nahrungsmitteln zur Folge haben. Dadurch werden nicht in erster Linie die betroffenen Landwirte, sondern das gesamte deutsche Volk und vor allen Dingen die minderbemittelte Bevölkerung auf das schwerste geschädigt, denn darüber sind wir uns wohl alle klar, daß nur die auf deutschem Boden erzeugten Nahrungsmittel uns in die Lage versetzen werden, das deutsche Volk zu angemessenen Preisen zu ernähren. Gewiß wird nach Aufhebung der Blockade die Einfuhr von Nahrungsmitteln gewaltig steigen, aber wir werden für diese Mittel Preise bezahlen müssen, die für den größten Teil des Volkes unerschwinglich sind. Darum darf die Sicherung der Bergung der Ernte nicht allein der Landwirtschaft überlassen bleiben, sondern die Gesamtheit des Volkes muß daran mitarbeiten, die Ernte, die vielleicht die beste wird, die wir in den Kriegsjahren erlebt haben, vor Sabotage durch gewissenlose Hetzer oder unvernünftige, durch Lug und Trug auf falsche Bahnen geführte Arbeiter zu schützen. Unter den Arbeitgebern gibt es ebenso Einsichtslose wie unter den Arbeitnehmern. Die gesetzlichen Bestimmungen über Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden, über Schlichtungsausschüsse und Spruchkammern bieten die Möglichkeit, beiden Teilen zu ihren Rechten zu verhelfen. Tarifverträge, die auf gesetzlichem Wege zwischen den berufenen Organisationen zustande gekommen sind, müssen unbedingt von beiden Parteien eingehalten werden. Durch einseitigen Tarifbruch ausgebrochene Streiks müssen daher unter allen Umständen, besonders während der Ernte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden, denn es handelt sich um das leibliche Wohl der Gesamtheit unseres Volkes. Darum dürfen die Arbeitswilligen in derartigen Fällen auch nicht als Streikbrecher angesehen werden, sondern sie müssen im äußersten Notfalle sogar durch die Machtmittel des Staates geschützt werden.

Industrie, Handel, Handwerk

Geraer Aktienbierbrauerei zu Tinz bei Gera. Die Gesellschaft beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 15. Juli ein mit folgender Tagesordnung: Beschlußfassung über Genehmigung des Vertrages mit der Altenburger Aktien-Brauerei zu Altenburg S.-A. wegen Uebertragung des Vermögens der Geraer Aktienbierbrauerei zu Tinz bei Gera als Ganzes an die Altenburger Aktien-Brauerei gegen Rückgabe von 112 500 Mk. Aktien (875 Stück zu je 800 Mk.) der Tinzer Brauerei an diese und gegen Gewährung von 300 000 Mk. Aktien (250 Stück zu je 1200 Mk.) der Altenburger Brauerei gegen 300 000 Mk. (1000 Stück zu je 300 Mk.) der Tinzer Brauerei unter Ausschluß der Liquidation der Tinzer Brauerei.

✱ **Genthiner Kleinbahn-Akt.-Ges. zu Genthin.** Die außerordentliche Generalversammlung am 30. Juli soll Beschluß fassen über die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 815 000 Mark für den Bau einer Kleinbahn von Güsen nach Jerichow.

Währungsbestimmungen für die Frachtberechnung im Verkehr mit dem Auslande. Die Handelskammer zu Berlin hatte vor einiger Zeit Vorstellungen gegen die durch Bekanntmachung vom 16. März 1916 eingeführte Art der Frachtberechnung im Verkehr mit dem Auslande erhoben. Wie nunmehr der Handelskammer mitgeteilt worden ist, hat die Eisenbahnverwaltung diese Bestimmungen aufgehoben. Infolgedessen erfolgt im Verkehr mit den nordischen Ländern und den Niederlanden bei Wagenladungen Erstattung des Unterschiedes zwischen dem deutschen Frachtanteil aus der tatsächlich in ausländischer Währung bezahlten Fracht und dem Frachtanteil, der den deutschen Bahnen in deutscher Währung zusteht. Im Verkehr mit der Schweiz sind sämtliche Sendungen auf Umbehandlung an der Grenze verwiesen worden. Weiteren Aufschluß über die Einzelheiten des Berechnungsverfahrens gibt das Verkehrsbureau der Handelskammer, Berlin C. 2, Klosterstraße 41.

Die schwierige Lage der Kruppwerke. Ueber die schwierige Lage der Friedr. Krupp A.-G. berichtet die Direktion in der neuen Nummer der „Kruppschen Mitteilungen", daß die Folgen des Rohmaterialienausfalls sich in zunehmendem Maße bemerkbar machen und die Beschaffung von Arbeit für die Bearbeitungswerkstätten immer schwieriger werde. Bei aller Mühe, die sich die Geschäftsleitung gegeben hat, neue Gebiete aufzunehmen, kann sie jedoch die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Aufgabe, für alle Arbeiter Arbeit zu beschaffen, unter den gegenwärtigen Umständen geradezu unlösbar werde. Abgesehen von dem Ausfall des für die Firma bedeutsamen Auslandsgeschäfts schrumpft auch das Inlandsgeschäft in Kriegsmaterial, sofern solches überhaupt noch erzeugt werden darf, auf eine kaum nennenswerte Menge zusammen. Die Bestrebungen der Verwaltung, den Angestellten und Arbeitern in möglichst weitem Umfange eine gewisse Zahl weiter Beschäftigung zu beschaffen, könnte bei dem außerordentlich verstärkten Wettbewerb im In- und Auslande nur bei äußerster Kostenersparnis Erfolg haben.

Stahlwerksverband. Bezüglich Aenderung des Stahlwerksverbandes ist zunächst beabsichtigt, die rheinisch-westfälischen Werke zu einem Verband wieder zusammenzuschließen unter Einbeziehung der benachbarten hannoverschen Werke, der Maximilianshütte und der Siegerländer Werke. Mit den übrigen Gruppen sollen evtl. Kartellverträge geschlossen werden.

Vorbereitungen zur Kaffee-Einfuhr. Der Kaffee-Einfuhrverein fordert anläßlich der Aufhebung der Blockade auf, Anträge zur Bewilligung der Kaffee-Einfuhr in beschränktem Umfange einzureichen. Berücksichtigt werden nur Festofferten zu Preisen, die den Weltmarktverhältnissen angemessen sind, jedoch haben Angebote mit einmähriger Zahlungsfrist den Vorzug.

Wahrnehmung deutscher Interessen in der Tschechoslowakei und Ungarn. Aus dem jüngst erlassenen tschechoslowakischen Finanzgesetz ist hervorzuheben, daß das bewegliche Vermögen und die nicht hypothekarisch gesicherten Forderungen auch der deutschen Reichsangehörigen, soweit sich Vermögen oder Forderungen in der Tschechoslowakei befinden, bis zum 31. Juli 1919 bei einem Notar in Prag oder bei den Steuerämtern der anderen in Frage kommenden Orte angemeldet werden muß. Auch der Schuldner kann die Forderungen anmelden. Alle nicht bis zum 31. Juli angemeldeten Forderungen verfallen zugunsten des Staates. — Deutsche Besitzer ungarischer Staatspapiere werden darauf hingewiesen, daß sich für diejenigen ungarischen Wertpapiere (ungarische Staats- und staatlich garantierte Anleihen), für die die deutschen Inhaber der Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen als Mitglieder beigetreten sind, eine Anmeldung beim Reichskommissar zur Erörterung von Gewaltmaßnahmen gegen deutsche Zivilpersonen erübrigt, da die Schutzvereinigung in dauernder Verbindung mit dem Reichskommissar arbeite.

Die künftigen deutsch-polnischen Handelsbeziehungen. Unsere bevorzugten Beziehungen zu Polen, die man schwerlich als freundliche bezeichnen kann, lassen wohl keine zu günstige Aussicht für die späteren Handelsbeziehungen zu den neuen östlichen Nachbar zu. Auch werden voraussichtlich die finanziell zum mindesten gänzlich ungeklärten Verhältnisse den deutschen Kaufmann zur größten Vorsicht im Handel mit dem neuen Staat veranlassen. Interessant ist unter diesen Umständen die Gründung eines Unternehmens, das sich — ein Plan, der übrigens noch vor Friedensschluß von deutscher Seite bereits öfters angeführt worden ist — den „Einkauf und Weitervertrieb von Waren aller Art im Bereich des polnischen Volksstaates, hauptsächlich zur Vornahme von Kompensationen für die von den Gesellschaftern vorzunehmenden Exportgeschäfte" zur Aufgabe macht. Die neue Gesellschaft, die mit einem Kapital von 800 000 M. unter dem Namen „Deutsch-Polnische Handelsgesellschaft m. b. H. in Berlin gegründet worden ist, wird sich hoffentlich dieser Schwierigkeiten bewußt sein.

Gesellschafts-Abschlüsse

Phönix, Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung Berlin. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1918/19 nach Abschreibungen von 758 641 (679 155) einschl. Vortrag aus dem Vorjahre einen Reingewinn von 423 968 (566 681) M. Hieraus soll eine Dividende von 5 (6) v. H. zur Verteilung gelangen und 117 (42 612) M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber den Verlauf des verflossenen Geschäftsjahres macht die Verwaltung in ihrem Rechenschaftsbericht u. a. folgende Mitteilungen: Durch die politische Umwälzung im November 1918, durch die plötzliche Entziehung der Kriegsgefangenen im Dezember 1918, der ein dreiwöchiger Streik der letzteren vorausging, und schließlich durch die unvermittelte erzwungene Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages, die für unser Werk eine tägliche Arbeitsverkürzung von 2 Stunden bedeutete, litten wir vorübergehend sehr stark unter Arbeitermangel. Wir überwanden ihn ziemlich schnell, mußten aber die Zahl unserer Belegschaft ganz bedeutend erhöhen, da neben der verkürzten Arbeitszeit die gegen früher um mehr als die Hälfte zurückgegangene Leistung auszugleichen war. Wir haben deshalb, trotzdem wir fast Friedensproduktion erzielten, und die Abschreibungen nur mäßig, entsprechend dem größeren Verschleiß, erhöhten, eine Dividende von 5 v. H. gegenüber 6 v. H. im Vorjahre nur dadurch vorschlagen können, daß der Vortrag aus dem Vorjahre bis auf einen verschwindenden Rest mit verwendet werden soll.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Im hiesigen Börsenverkehr trat als wesentlichste Erscheinung die Festigkeit am Markte für Kriegsanleihe und für Schiffahrtswerte hervor. Kriegsanleihe, die vorwöchentlich mit 81 notierte, eröffnete dann zu 80¾ und behauptete bei leichten Schwankungen diesen Preis. Recht fest lagen auch Schatzanweisungen und im Gefolge hiervon alte heimische Anleihen bei allerdings nicht einheitlicher Preisgestaltung. Lebhaft ging es auch bei den Schiffahrtswerten her, wo angeblich große Hamburger Käufe die meisten Schiffahrtswerte bis über 2, Hamburg-Südamerikaner bis 4, Hansa in raschen Sprüngen sogar um 10 Prozent hoben. Stiller ging es auf dem Montanmarkte bei uneinheitlicher Kursbildung her. Recht fest lagen hier Hohenlohe und Laurahütte. Farbwerte mußten sich überwiegend Abschwächungen gefallen lassen. In ausländischen Banktaktien ist das Geschäft gleichfalls ruhiger. Die Kurse bröckelten hier leicht ab. 4 Prozent höher notierte Türkischer Tabak. Von sonstigen Werten ist nichts wesentliches zu berichten. Petroleum- und Kolonialwerte waren wenig verändert. Später, mit Ausnahme der beiden eingangs erwähnten Märkte, war allgemeine Geschäftsstille vorherrschend. Die Kursschwankungen waren jedenfalls unerheblich. Oesterreichische und ungarische Renten zeigten etwas festere Haltung.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	81,75
Hille-Lettetstedter . .	73,50
Schantungbahn . . .	133,75
Allg. Lokal-Str. . . .	132.—
Gr. Berl. Str. . . .	121,50
Magdeburger Str.-B. .	—.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	294.25
Orientbahn	249,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt . .	102.25
Hambg.-Südamerika .	171.25
Hansa-Dampfschiff . .	229,50
Nordd. Lloyd	195,50
Banken:	
Bank für Thür. . . .	—.—
Berl. Handelsges. . .	153,50
Comm u. Diskontobank	124.25
Darmstädter Bank . .	111,—
Dess. Landesbank . .	—.—
Deutsche Bank . . .	195,50
Diskonto-Comm. . . .	156,50
Dresdner Bank . . .	134,50
Credit. Anst. Leipzig .	192,—
Mitteld. Kreditbank .	119,50
Privat-Bank . . .	110,75
Nationalbank	—.—
Oesterr. Kredit . . .	—.—
Reichsbank	148,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei .	250,75
Akt. f. Anilin	250,—
Allgem. Elektr.-Ges. .	181,25
Ammendorfer Papierf.	—.—
Anhalter Kohlenw. . .	173,50
Annaberger Steingut .	179,—
Badische Anilin . . .	325,50
Bergmann-Elektr.-Akt.	145,75
Berl. Masch.-Bau . . .	212,50
Bismarckhütte . . .	240,50
Bochumer Gußstahl .	185,—
Chem. Fabrik Buckau	116,—
Chem. Griesheim . . .	204,—
Chem. v. Heyden . . .	231,25
Consolidation Schalke	232,25
Cröllwitzer Papierfabr.	217,—
Daimler-Motoren . . .	212,—
Deutsch-Luxemburg . .	148,50
Deutsche Ledersaw.-El.	215,50
Deutsche Erdöl . . .	306,25
Deutsche Gasglühl. . .	390,—
Deutsche Kali	177,25
Deutsche Waff. u. Mun	—.—
Donnersmarckhütte . .	249,50
Döring u. Lehrmann .	106,—
Dürkoppwerke	290,—
Eberfelder Farben . .	220,—
Felten u. Guilleaume .	160,25

Gasmotoren Deutz . .	131,75
Gebhardt u. Co. . . .	222,—
Gebhardt u. Koenig . .	80,—
Gelsenkirch. Bergb. .	171,1/4
Glanziger Zuckerfbr. .	258,—
Hallesche Masch.-Fabr.	317,—
Hann. Masch. . . .	329,—
Harpener Berg . . .	167,—
Hasper Eisen . . .	151,50
Hirsch Kupfer . . .	225,—
Höchster Farbw. . . .	304,75
Hoesch Eisen u. Stahl	245,—
Hohenlohe-Werke . .	123,50
Humboldt-Masch. . .	132,50
Ilse-Bergbau . . .	—.—
Kahla-Porzellan . . .	213,75
Kaliw. Aschersleben .	164,50
Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Kyffhäuserhütte . . .	—.—
Lahmeyer u. Co. . . .	123,50
Lauchhammer . . .	162,—
Laurahütte	163,—
Linke u Hofmann . .	277,25
Ludwig Loewe u. Co. .	227,—
Lothringer Hütte . .	157,—
Mannesmannröhren .	180,25
Oberschl. Eisenb.-Bed.	133,—
do. Caro Heg. . .	141,—
do. Kokswerke . .	201,50
Orenstein u. Koppel .	172,75
Phönix-Bergb. . . .	196,1/4
Rhein. Metall-Vorz. .	197,—
Rhein. Stahlwaren . .	163,—
Riebeck. Montan . .	186,—
Ronsacher Hütten . .	151,—
Rositzer Braunk. . .	119,75
Rositzer Zucker . . .	155,—
Sangerhäuser Masch. .	225,—
Hugo Schneider u. Co.	124,50
Schuckert u. Co. . .	127,75
Siemens u. Halske . .	163,25
Stettiner Vulkan . .	162,—
Stollberger Zinkh. . .	114,—
Strals. Spielkarten . .	246,—
Thale-Eisenhütte . .	246,75
Triptis-Akt.-Ges. . .	180,50
Türkische Tabakregie .	463,—
Ver. Köln-Rottweiler .	182,—
Glanzstoff Elberf. . .	456,—
Wegelin u. Hübner . .	154,—
Werneh.-Weissenf. Brk.	—.—
Westeregeln-Akali . .	222,—
Wittener Gußstahl . .	190,50
Wrede-Mälzerei . . .	119,—
Zeleh.-Kriebitsch. Brk.	—.—
Zeitzer Masch. . . .	342,50
Zellstoff Walthof . . .	184,50
Otavi-Minen	128,25

Produktenbericht. Die starken Regenfälle der letzten Tage haben am Roggen vielfach Lagerung verursacht, und man wünscht auf dem Lande jetzt allgemein trockenes, sonniges Wetter, damit das Korn gut ausreifen kann. In der Geschäftsstille hat sich nichts geändert. Von Saatlupinen bleiben große Mengen übrig bei niedrigeren Preisen. Bei Serradella hat sich an der Preisgestaltung nichts wesentliches verändert. In Heu wickelt sich das Geschäft bei ungleichmäßiger Preisbildung je nach den Gegenden verschieden ab.

Provinz Sachsen

t. **Quedlinburg**, 14. Juli. (Niedrigere Steuersätze.) Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, das Notgesetz über die Gemeindebesteuerung in vollem Umfange zur Anwendung zu bringen. Einkommen bis 1500 Mk. sind völlig steuerfrei, bei Einkommen bis 3000 Mk. wird ein prozentual gegen die staatlichen Sätze abfallender Tarif erhoben. Bei Einkommen bis 6500 Mk. verbleibt es bei den staatlichen Sätzen. Der 163 000 Mark betragende Steuerausfall soll durch höhere Heranziehung der 6500 Mk. übersteigenden Einkommen ausgeglichen werden. — Zur Herstellung von Wohnungen haben die städtischen Kollegien bis jetzt 1750 000 Mk. bereitgestellt.

1. **Zerbst**, 14. Juli. (Wiederauflehen der Ferkelmärkte.) Der anhalt. Viehhandelsverband hat sehr schnell erkennen müssen, daß er mit den vor drei Wochen eingeführten Richtpreisen für Ferkel und Läuferschweine nur den Wucher und dem Schiebertum Vorschub leistete und die Ware sofort vom öffentlichen Markt verschwand; hintenherum wurden die Züchter ihre Tiere ebenfalls zu höchsten Preisen los. Der Viehhandelsverband hat die Richtpreise wieder aufgehoben, infolgedessen zeigte sich hier auf dem Sonnabend-Ferkelmarkte, der zwei Wochen lang völlig verödet gelegen hatte, wieder das gewohnte lebhafte Getriebe. Es waren etwa 210 Tiere zum Verkauf gestellt, die zum Preise von 60 bis 110 Mark das Stück schnell Abnehmer fanden. Die Preise sind erheblich niedriger als im Vormonat.

1. **Genthin**, 14. Juli. (Eine allgemeine Kreis-Schafausstellung) hatte der Schafzuchtverein des Kreises Jerichow II hier im „Schützenhause" veranstaltet. Die Schafzucht, die in unserem Kreise während der letzten Friedensjahre stark zurückgegangen war, hat in den Kriegsjahren wieder einen lebhaften Aufschwung erfahren, so daß die Besucher der Ausstellung einen ungeführen Eindruck bekamen von dem gegenwärtigen Stand der Schafzucht, die volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist. Nach der Eröffnung der Ausstellung fand eine Auszeichnung der Schafmeister und eine Prämierung der besten Tiere statt. — Eine Jährlings- und Fohlenschau hielt die Pferdezuchtgenossenschaft Fischdeck und Umgegend in Fischdeck ab. Verbunden war mit der Schau die diesjährige Stutenkörung. Das Zuchtziel der Genossenschaft ist schweres Halbblut.

1. **Genthin**, 13. Juli. (Ein großer Waldbrand) entstand auf bisher noch unaufgeklärte Weise in der Parchener Rittergutsforst zwischen Fienerode und Wiechenberg. Vernichtet wurden etwa 100 Morgen zwanzigjähriger Bestand.

1. **Genthin**, 13. Juli. (Erwischt) wurde der Dieb, der seit längerer Zeit die Lebensmittelniederlage des hiesigen Reichswehr-Pionier-Bataillons Nr. 25 fortgesetzt bestohlen hat. Es handelt sich um einen Unteroffizier des Bataillons, der die erheblichen Mengen Lebensmittel dann zu Schieberpreisen weiterverkauft hat.

K. **Dessau**, 14. Juli. (Einwohnerwehr.) Der Gemeinderat bewilligte gestern, nachdem ihn die Frage in drei Sitzungen beschäftigt hatte, die Kosten für die Einwohnerwehr. Die Hälfte der 100 000 Mk. betragenden Summe schießt der Staat zu. Die Sozialdemokraten stimmten für die Wehr, machten aber zur Bedingung, daß sie nur zum Schutze von Leben und Eigentum der Bürger in den dringendsten Fällen und nur aus Personen gebildet werde, die für die jetzige Regierung einzustehen gewillt sind; Reaktionäre von rechts und links (Unabhängige) müßten ausgeschlossen bleiben. Auch die Demokraten traten für die Wehr ein.

1. **Großalsleben**, 14. Juli. (Der neue Bürgermeister.) Der seit längeren Jahren in hiesiger Gemeinde tätige Lehrer Ernst Schütze, ein Sohn des Klempnermeisters Schütze in Zerbst, ist zum Bürgermeister von Großalsleben gewählt und vom anhaltischen Staatsrat als solcher bestätigt worden.

„H.Z." Sportberichte

— Die 36. Oberrheinische Ruder-Regatta in Mannheim ging auf dem Neckar am Sonntag vor etwa 30—40 000 Zuschauern vor sich. Trotz der Verkehrsschwierigkeiten hatten sich Frankfurter, Breslauer, Heidelberger, Stuttgarter, Heilbronner und Würzburger Vereine von auswärts eingefunden. Die Frankfurter und Mannheimer Vereine waren besonders erfolgreich mit je vier Siegen. Wratislawia-Breslau war durch den deutschen Meister Stahnke vertreten, der den Senior-Einer gewann. Auch der Doppelzweier fiel an Wratislavia-Breslau. Den ersten Vierer gewann die Frankfurter R. G. Germania gegen Amicitia-Mannheim und den Junior-Vierer der Mannheimer R. C. 1875.

— Moretts ist im Großen Prüfungs-Preis zu Grunewald so schwer niedergebrochen, daß er seine Rennlaufbahn beendet hat und der Zucht zugeführt werden soll. — Für die Herren von Weinberg gewann der Orbh-Sohn rund 73 000 M., während er für seine spätere Besitzerin Frau P. Liebenthal noch etwa 12 000 Mark auf der Hindernisbahn verdienen konnte.

— Der Stall Haniel hat durch den Sieg von Esfteln im Großen Preis von Berlin bereits das siebte Hunderttausend überschritten und steht mit 433 250 M. bei weitem an der Spitze der erfolgreichen Flachrennställe. Esfteln allein gewann 143 500 M.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für Volkswirtschaft und Sport: i. V.: Helmut Böttcher; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenleit: i. V.: Kurt Steinhauf, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halischen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boesch. (Berrsp.)

Stadttheater.

Dienstag, den 15. Juli 1919
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Der Ring des Nibelungen.

Vorabend:

Das Rheingold
von Richard Wagner.

Gäste:
Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden
Friedrich Plaschke, Kammersänger, Dresden.
Fritz Vogelstrom, Kammersänger, Dresden
Ernst Possony, Leipzig, Eugen Albert, Leipzig
Georg Zottmayr, Kammersänger, Dresden
Hans Müller, Leipzig
Frieda Schreiber, Kammersängerin, Leipzig.

Mittwoch, den 16. Juli 1919
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Stein unter Steinen.
Schauspiel von Hermann Sudermann.

Donnerstag: Anfang 6 Uhr. „Die Walküre".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907151-12/fragment/page=0004